

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mehl'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 236.

Neuenbürg, Dienstag, den 7. Oktober 1924

82. Jahrgang.

Deutschland.

München, 6. Okt. Der im Hitlerprozeß verurteilte Oberlandesgerichtsrat Böhmert sollte schon vor längerer Zeit seine Strafe antreten. Er hatte jedoch immer wieder ärztliche Gutachten eingereicht, die ihn als unfähig bezeichneten. Nun sollte Böhmert am 1. Oktober seine Strafe antreten. Er hat jedoch neue Gutachten über seinen Gesundheitszustand eingereicht, so daß die bayerische Justiz in eine Prüfung der Angelegenheit eintritt.

Rechtskoalition oder Reichstagsauflösung?

Berlin, 6. Okt. Nach Lage der Dinge ist es möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß der Reichspräsident von seinem Recht, den Reichstag aufzulösen, schon vor Inkrafttreten des Reichstags nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen, die Grundlage für die Reichsregierung zu verbessern, Gebrauch macht. Andernfalls würde die Auflösung erst erfolgen, wenn der Reichstag dem Kabinett Marx das Mißtrauen ausgesprochen hat. Besten Endes hängt die Entscheidung darüber von dem Ergebnis der Beratungen ab, die auf morgen und übermorgen von allen Fraktionen anberaumt worden sind. In den Kreisen der Deutschen Volkspartei gibt man sich offenbar der Hoffnung hin, daß die Deutsche demokratische Partei sich notgedrungen doch mit einer Regierungserweiterung nach rechts abfinden würde, sobald es gelänge, das Zentrum für diesen Plan zu gewinnen.

Strafgefängnis und Handwerk.

Die volksparteiliche Fraktion des Reichstags stellte folgenden Antrag: Am Hinblick auf das berechtigste Selbstbewußtsein des deutschen Handwerks und die Notwendigkeit, seinen Ruf als Erziehungsmacht aufrecht zu erhalten, ersuchen wir die Reichsregierung, auf die Regelungen der Länder dahin zu wirken, daß bei dem Vollzug von Freiheitsstrafen die Strafanstalten keine Handwerksbetriebe erhalten. Dieser Antrag steht im Zusammenhang mit dem preussischen Justizminister geplanten Gesetzen, wonach Strafgefängnisse, die länger als vier Jahre Gefängnis oder Jugendstrafe abzumachen haben, während dieser Zeit irgend ein Handwerk erlernen sollen, welche Maßnahme mit Recht in allen Kreisen des Handwerks einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat.

Ausland.

Italiens Haltung auf den Wirtschaftskongress.

Rom, 6. Okt. Die mit Spannung erwartete Rede Mussolinis in Mailand hat allgemeine Enttäuschung hervorgebracht. Man hatte in Regierungskreisen angenommen, Mussolini werde zu den kritischen Punkten zwischen ihm und den Liberalen, die die Regierung noch stützen, eine klare Stellungnahme entwickeln, um auf die Entschließung des Kongresses der liberalen Partei, der gleichzeitig in Livorno tagt, einen gewissen Einfluß auszuüben. Mussolini gab aber nur einen Nebensatz über das, was seine Regierung bisher geleistet hat und was auch von der gemäßigten Opposition anerkannt wird. Seine Versicherungen haben der oppositionellen Presse das Schlagwort gegeben: Mussolini tritt nicht zurück, auch wenn das Parlament ihm ein Mißtrauensvotum gibt. Mussolini ging auch auf die Aufgaben ein, die die Regierung sich für die Zukunft gestellt habe und die vor allem eine wirtschaftliche Erleuchtung des Landes betreffen, der in vielen Teilen um 100 Jahre zurück sei, und in keiner Weise Schritt halte mit dem Wachsen der Nation. „Wir haben geschlossene Märkte vor uns“, führt Mussolini weiter fort, „und wenn ein Volk wächst, hat es nur drei Wege vor sich: entweder sich selbst zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen — dazu ist das italienische Volk zu intelligent — oder den Krieg zu wählen, oder sich Abzugsgebiete für seine überschüssige Arbeitskraft zu suchen. Schon ist ein neuer Stern am Horizont aufgegangen, der Stern Deutschlands. Was wir verspielt hätten, hält sich. Überall spürt man seine Gegenwart. Es rüstet gewaltig zu seiner wirtschaftlichen Wiedergeburt. 1925 wird der Kampf um die Eroberung der Märkte einziehen. Man muß denn wirklich bei uns man könnte mit internen Hindernissen sich für diesen Kampf rüsten, wo wir vielleicht schon morgen vor der Frage stehen, ob wir eine Kolonie werden, oder eine Großmacht bleiben wollen. Dieser Hinweis auf die deutsche wirtschaftliche Wiedergeburt als bedenklicher Schluß der Rede Mussolinis hat in höchsten diplomatischen Kreisen einiges Erstaunen hervorgerufen. Man bringt ihn mit den bevorstehenden Verhandlungen über einen deutsch-italienischen Handelsvertrag in Verbindung.

Frankreichs Anteil an der Anleihe für Deutschland.

Paris, 5. Okt. Der Reise des französischen Finanzexperten Parmentier nach London wird in höchsten Großbankkreisen das größte Interesse entgegengebracht, denn es handelt sich um die Frage, unter welchen Bedingungen die drei französischen Großbanken Credit Foncier, Societe Federale und Credit Foncier einen Anteil der internationalen Anleihe übernehmen sollen. Falls Parmentier mit den englisch-amerikanischen Finanziers zu einer Einigung gelangen sollte, so ist es wahrscheinlich, daß ein Anleihebetrug von 20 Millionen Dollar durch die genannten Bankgruppen übernommen wird. Parmentier soll die Absicht haben, den von Frankreich zu übernehmenden Betrag in Goldfranken festzulegen und demgemäß sollen auch die Anleihebeträge in Goldfranken lauten. Wahrscheinlich wird man davon absehen, die Anleihebeträge dem französischen Publikum zur Verfügung zu stellen. Auch die belgische Regierung läßt gegenwärtig in London durch den Leiter der Nationalbank Johnsons Verhandlungen führen. Es heißt, daß Belgien bereit sein würde, 1 1/2 Millionen Pfund Sterling zu zeichnen. Hier wird ferner bekannt, daß Holland 2 Millionen, die Schweiz 2 Millionen, Schweden 1 1/2 Millionen Pfund Sterling übernehmen sollen. Es wäre noch zu bemerken, daß so-

wohl in hiesigen politischen Kreisen, wie auch in Belgien eine heftige Propaganda gegen jegliche Beteiligung an der internationalen Anleihe geführt wird. Sie macht als Argumente geltend, daß Frankreich und Belgien nach den erlittenen Verwüstungen mit den bereits gebachten finanziellen Opfern für den Wiederaufbau nicht in der Lage sei, an der Anleiheoperation teilzunehmen.

Der Minister des Innern gegen die französischen Kardinal.

Paris, 6. Okt. Die hielt der Minister des Innern, Chaumet, auf einem Bankett der Republikaner eine politische Rede, offenbar im Auftrag des Kabinetts. Er erinnerte zunächst an den Wahltag vom 5. Mai und an die berechtigten Hoffnungen, die die Republikaner an die Tätigkeit der neuen Regierung knüpfen könnten. Er ging dann besonders auf die durch den Brief der französischen Kardinalen aufgeworfene Frage ein und sagte, man habe nicht nur Kritik geübt, sondern man habe eine nachdrückliche Aufforderung zur Rebellion gegen die Gebrüder und zum Bürgerkrieg erlassen müssen. Der Minister zitierte Zeitungsartikel, Reden und sonstige Kundgebungen der letzten Tage, um das zu beweisen. Genügend dürfe man die Bedeutung derartiger Manifestationen nicht überschätzen, aber die Regierung trage die Verantwortung für den Frieden. Ihre Pflicht sei es, die Agitatoren zur Besinnung zu ermahnen und sie wieder daran zu erinnern, daß, so hoch sie auch gestellt sein mögen, ihnen nicht erlaubt werde, ungehört die öffentliche Ordnung zu stören. Was sei der Zweck dieser Agitation? Der Brief der Kardinalen habe zum Ziel, von der Regierung und den Linksparteien die Aufhebung der Gebrüder zu fordern, die selbst der Nationale Bloch für unantastbar erklärt habe. Wir sind also, fuhr der Minister fort, gegen unseren Willen zu drohenden Auseinandersetzungen gekommen, die die Republikaner längst für erledigt hielten. Um die Wahrung der jetzigen Regierung zu zeigen, sei es nötig, an Neuerungen Halbes Roussaus zu erinnern, die dieser vor 25 Jahren getan habe. Der Minister zitierte demgegenüber Kundgebungen und erklärte weiter, der Augenblick sei schlecht gewählt, um die Kontrolle durch den Staat zu verneinen. Es scheint, daß der Wille zum Bürgerkrieg und die Langmut der Regierung den Kongregationen gestattet hätten, trotz der formellen Versicherungen des Heiligen Stuhles gegenüber dem französischen Parlament, sich wieder zu konstituieren. Um die Nation in dieser Frage aufzuklären, habe er als Minister des Innern eine Enquete über die Tätigkeit der Kongregationen angeordnet. Auf diese Weise würden die Ältern vor dem ganzen Lande angelegt und die Aufmerksamkeit aller Republikaner geweckt werden. Wenn die Regierung dann ihren Willen kund gebe, die Gebrüder ohne Gewalt, aber auch ohne Schwäche zur Anwendung zu bringen, dann werde sie der Zustimmung aller Staatsbürger sicher sein, die die Verfassungskraft nicht verlernt habe. Dagegen, so schloß der Minister, den Streit um die Strafe getragen haben und die Anleiheung gegen die Gebrüder predigen, tragen eine schwere Verantwortung und werden dem Vaterlande Schaden zufügen. Gegen sie muß die Regierung mit Entschlossenheit vorgehen, wenn sie nicht ihre Billigkeit gegenüber der Republik veraten will.

Macdonald zu Neuenbüren bereit.

London, 6. Okt. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat einem Vertreter der Wochenchrift „Newbolds Newpaper“ folgende Erklärung gegeben: Ich bedaure, daß nationale Interessen aufgewahrt werden, um Vorreitungen zu einem Triumph zu bringen, und daß man das Leben einer Nation dadurch schädigt, daß sie zwei Parteien, die Konstitutionen und Liberalen, vereinigen, um in einer Frage zweiten Ranges einen sogenannten Sieg über die Regierung zu erlangen. Ich werde nicht zugeben, daß man der Regierung ein parlamentarisches Komitee von zehn Mitgliedern aufzwingt. Um meine Politik zu beurteilen, werde ich mich an unzählige Millionen Wähler wenden. Ich wünsche die Wahlen nicht, aber ich fürchte sie nicht. Ich stelle fest, daß keine Regierung, die einen solchen Namen verdient, eine bessere Politik machen könnte, als ich sie gemacht habe. Noch innen und außen ist alles zerbrochen, was unter den gegebenen Umständen möglich war. In der entscheidenden Frage der Außenpolitik, Ausland und Völkerbund, greifen wir den Fehdehandschuh an, der uns hingeworfen ist.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 6. Okt. Von prächtigem Herbstwetter begleitet, konnte der Turnverein am Sonntag sein Schauturnen, das gleichzeitig ein Werbeturnen um weitere turnerische Kräfte und Männer sein sollte, zur Durchführung bringen. Vormittags fand ein Wettturnen der Böglinge an Ross, Barren und Pferd und in den vollstündigen Übungen Hochsprung, 100 Meterlauf und Kugelstoßen statt. Es zeigte ein erfreuliches Bild turnerischen Fortschritts. Nachmittags um 2 Uhr zog der Verein mit Musik und Fahne an der Spitze, voran die turnerische Jugend beiderlei Geschlechts, vom Lokal auf den Turnplatz, um durch ein Schauturnen seine turnerische Arbeit auf den verschiedenen Gebieten einer breiteren Öffentlichkeit vorzuführen. Eine zahlreiche Zuschauermenge fand sich hierzu ein, darunter auch Oberamtmann Kempf und Stadtschultheiß Knedel, Erzieher der Jugend und weitere Freunde turnerischer Leibesübungen. Die Einleitung bildeten allgemeine Freiübungen aller Vereinsangehörigen, etwa 100 an der Zahl. Sie wurden in mehreren Gruppen zuerst nach Kommando, hernach mit Musikbegleitung geturnt unter Kommando eines bewährten Alten, Rudolf Kainer, des derzeitigen Leiters der Männersektion. In dieser Stärkezahl machten sie einen vorzüglichen Gesamteindruck auf die Zuschauer. Dann kamen in dummer Aufeinanderfolge Turnen der Schülerinnen an zwei Barren, wechselseitig angeführte Freiübungen der Schüler, Keulenübungen der Mitglieder und Böglinge, wobei die leider etwas betrübende Zahl der Mitglieder die im Jubiläum überhandene und noch

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldstg., Rekl. Zeile 30 Goldstg., m. Anf. Steuer, Kollekt.-Anzeigen 100. Zust. 10. Offert. und Anzeigen-Entwurf 20 Goldstg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahoverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

ratsprozeß zu werden habe, daß die Stim habe man ihn nicht auch die elias-leb ein nationalisierender gezeigter, Anzei bekommt und den mache er sich vollkom zu eigen. Aber die die Regierungsgewalt nicht verstanden, be zu bringen mit den an die Vergangenheit rialismus träumen, außer Acht gelassen, derties Augenpolitik. Dieses Budget ist Aufrichtigkeit.

ausführlicher Stelle er deutschen Handelsdeklaration gewisse Verordnungen die Wirtschafts zu diesem Zweck der deutsche Volkswirtschaft in den Ausmaß zu beteiligen. Er igereit, daß die dem andlungen im Weid aufschließen sei.

Reinwahlen.

g zufolge wünscht die sei sich aber über die abhängiger einer Kauf en Woche, da er die s Westfa, die einen er General, die einen er Arbeiterpartei den l und wünsche als

verbund.

äsidentenstandbild, Rede, in der er in den Idealismus ver einberranden, daß hofierten, wöhern mache, die Welt ein zum Präsidenten so zitiert auf jeder Wähle im nächsten Jahre wichtige Erklärung is Mitglied des Vol emokratischen Blatts, es sei unklar, de das amerikanische Völkerbund durch t habe.

Eigentums in

es deutschen Privat worteit wird, dafür Konzepte zusammen- besondere Fonds ständigen Wähliger e Wortwort der schlagnahme eine ch dem Kriegende stimmung könne de in dem Grundgesetz von ten hätte. Die weite Eigentum wahr- amme der amerikani- sich gefasert sein, der Regierung, die Sicherungen in der gegeben sein.

Die

genossenschaft

Schulmahnung

Oberamts-Bezirk

rg G. O. m. S. S.

2. September 1924

worden.

er der Genossenschaft

gefordert, sich un- zu melden.

Liquidatoren:

schweizer,

Neuenbürg,

di Dangelmeier,

Birkenfeld.

n Atemnot

kleinung.

allen Leidenden gern

omiti sich schon viele

von ihren schweren

selbst befreiten.

marke erwünscht.

der Althaus,

ader (Giesfeld),

Nr. 113.

Tene Fasse,

L. Maler, Hombopad

heim, Fernruf 2218.

inen

ernspr. 126.

Aufgang der Konkurse. Die Zahl der Konkurse ist im September von 855 auf 817 zurückgegangen. Neu unter Geschäftsaufsicht gestellt wurden 245 Firmen gegen 23 im Vormonat. Aufgehoben wurde die Geschäftsaufsicht in 418 Fällen, so daß in Deutschland noch etwa 1800 Firmen unter Geschäftsaufsicht stehen sollen.

Durch eine Intenstift erblindet. Es ist bei weitem nicht hinreichend bekannt, welche eine schädigende Wirkung der Staub eines Intenstiftes auf die Augen ausübt. Einen bedauerlichen Beweis dafür erfährt ein junges Mädchen in Verdun in Lothringen, welches sich mit von Intenstift befeuchteten Fingern die Augen rieb. Dieses verursachte eine schmerzvolle Entzündung, die schließlich zu einer vollständigen Erblindung des einen Auges führte.

An einer Entzündungskur gestorben. Eine junge Dame, aus dem ersten Kreise der Wiener Gesellschaft, Fräulein Alexandrine von Meber-Riesendorff, ist vor einigen Tagen gestorben. Der Tod dieser thätigen Tochter des Barons Sigwart Meber-Riesendorff, die eine Enkelin des österreichischen Königs war, hat eine große Trauer im Hause verursacht.

Verbot der Eierkäufe in Budapest. Die Stadt Budapest verbot dem A. G. seinen Platz an eine spanische Gesellschaft zu vermieten, welche Eierkäufe darauf abhalten wollte, mit der Begründung, daß die Stadt den Platz dem A. G. nur zum Verkauf von Waren zur Verfügung stelle. Damit verlor der A. G. 200 Millionen Kronen (11000 Mark), die er als Miete für den Platz erhalten hätte.

Die Feuerbrände. Ein furchtbarer Fall von Verbrennung wurde aus Sardinien berichtet. Ein 20jähriger Schäfer wurde von seinen Feinden aus Sassari entführt. Sie schleppten ihn zu den Bergen an einen einsamen Ort, schloßen ihn in eine Holzhütte und zündeten diese dann an. Als die Karabinieri, die die Gegend auf der Suche nach dem entführten Schäfer durchstreiften, an den Ort kamen, fanden sie die Hütte in Flammen und hörten herzzerreißende Schreie des Unglücklichen. Als sie sich aber näherten, empfing sie Gewehrfeuer aus dem umgebenden Gebüsch, so daß sie nicht eher an die Hütte heranlangen konnten, als die Tragödie zu Ende war. Sie fanden nur noch den völlig verkohlten Körper des Schäfers.

Deutscher Schoner in Flammen. Der seit einigen Monaten infolge einer Savarie im Osten von Ozele liegende deutsche Schoner Götter geriet aus bisher unangefangener Ursache in Brand. Innerhalb weniger Augenblicke stand das ganze Fahrzeug in Flammen. Der starke Rauch erschwerte die Lösungsarbeiten so sehr, daß die Feuerwehre mit Kanonenschüssen ausgerüstet werden mußte. Die gesamte, aus Latzen bestehende Ladung wurde ein Raub der Flammen.

Schwere Stürme in Amerika. Die ganze atlantische Küste ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Schwere Stürme, verbunden mit gewaltigen Regengüssen, haben das Land weitläufig überzogen und ungeheuren Schaden angerichtet. Besonders schwer getroffen wurden die Südstaaten, wo tausende Personen obdachlos geworden sind. Ganze Dörfer liegen unter Wasser. In Dayton wurden 18 Kohlengruben überschwemmt und die Bahnhöfe auf weite Strecken unterwühlt. Zahlreiche Tote sind als Opfer zu beklagen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 6. Okt. (Landesproduktendörse.) Infolge der Herbstarbeiten sind die Landmaschinen klein und sind deshalb für die Beheizung der Märkte augenblicklich fast ausschließlich die Notierungen der ausländischen Börsen maßgebend. Soldat waren in den letzten Tagen wieder höher und dementsprechend hat sich auch der Getreidemarkt wieder gehoben. Es notierten per 100 Kilo Weizen 23-26 Mark (letzte Börse una.), Sommergerste 23-26 $\frac{1}{2}$ (una.), Roggen 23-25 $\frac{1}{2}$, (22-24 $\frac{1}{2}$), Hafer 15 $\frac{1}{2}$ -20 (una.), Weizenmehl Nr. 0 40-41 $\frac{1}{2}$, (39 $\frac{1}{2}$ -41), Weizenmehl 36-37 $\frac{1}{2}$, (35 $\frac{1}{2}$ -37), Mehl 12-12 $\frac{1}{2}$, (una.), Weizenmehl 6 $\frac{1}{2}$ -8 (8-7), Mehl 8-9 $\frac{1}{2}$, (7 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{1}{2}$), drohtgepreßtes Stroh 4-5 $\frac{1}{2}$, (4-5) Goldmark.

11 Vieh- und Schweinepreise. In Villeningen kosteten Kühe und Kalber 350-640, Rinder 280-400, Jungkinder 150-250, Milchschweine 23-28, Ferkel 40-70 Mk., in Kalen Milchschweine 18-28 Mk., in Blaufelden 15-28, in Gillingen 11 bis 20, Ferkel 30-60, in Hall Milchschweine 20-30, Ferkel 35-45, in Herrenberg Milchschweine 21-35, Ferkel 40-85 Mk. je das Stück.

Neueste Nachrichten.

Friedrichshafen, 6. Okt. In den Meldungen über den Antritt der Amerika-Fahrt des 3. R. 3 am Mittwoch erzählt man vom Aufschiffen Juppelins, daß es durchaus verfrüht ist, einen Termin für die Ausreise anzugeben. Das Aufschiffen wird voraussichtlich am Mittwoch erst klar zur Fahrt sein. Am Mittwochabend wird es sich entscheiden, ob noch eine weitere Fahrt gemacht wird, was nach dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht wahrscheinlich ist. Die Prüfung der Wetterlage wird dann für den Antritt der Fahrt entscheidend sein. Es bleibt also bei der Meldung, daß die Ausfahrt nicht vor Ende der Woche stattfinden wird.

Köln, 6. Okt. Die Befehlshaberbehörde verhängte über den Ort Alldorf im Rheinischen Brauhausbezirk wegen Verletzung eines englischen Offiziers Verkehrsverbot und zwar für die Stunden von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Innerhalb dieser Zeit darf niemand den Ort betreten ohne eine vom Bürgermeisterei Alldorf ausgestellte Erlaubnis.

Eberswalde, 6. Okt. Auf dem Ost-Friedhof wurde in der Nacht zum Montag der Grabstein von Hans Hegmann, der auf verdächtige Gerüchte hin auf seinen Gutshof geflohen war, von blühenden Tütern erschossen, in die Scheune gelegt und die Scheune angezündet. Sie brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Man vermutet, daß es sich um einen persönlichen Racheakt handelt.

Breis, 6. Okt. Der Wächter des Friedhofes Konstantin wurde am Sonntag durch einen Schuß auf dem Friedhof aufgeschreckt. Bei der Kunde entdeckte man, daß auf dem Grab Heinrich Reines ein junger Mann Selbstmord verübt hatte. Aus den Papieren, die der romantische Selbstmörder bei sich trug, ergab sich, daß es sich um einen Studenten aus der Tischschloßmühle handelte.

London, 6. Okt. Die türkischen Blätter erklären, daß 50 Tieren in einem Kampf mit den Engländern an der Grenze von Mesopotamien getötet wurden. Die Regierung sandte einen Parlamentarier ab, um die in Unruhe geratene Bevölkerung zu beruhigen. Die Engländer schienen hauptsächlich Bomben aus Flugzeugen abgeworfen zu haben. Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet, daß gestern englische Truppen in das Dorf Modrak kamen, um eine allgemeine Hausdurchsuchung zu veranstalten. Eine Menge von Waffen und Munition wurde gefunden und verschiedene Verhaftungen vorgenommen. In der letzten Woche war ein englischer Offizier mit zwei seiner Freunde im Auto durch Modrak gefahren und angegriffen worden. In diesem Zusammenhang sind die Verhaftungen vorgenommen worden.

London, 6. Okt. Blättermeldungen aus Konstantinopel zufolge ist dort der französische Vertreter der Meerengenkommission, der frühere Ministerpräsident Alexander Ribot, im Alter von 81 Jahren gestorben.

Helsingfors, 6. Okt. Der finnische Reichstag trat Ende letzter Woche zu seiner Herbsttagung zusammen. Zwei Kommunisten, die wegen versuchten Hochverrats zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt waren, wurden ihrer Reichstagsmandate verlustig erklärt und aus dem Reichstag ausgeschlossen.

New York, 6. Okt. Der Präsident des internationalen Rechts an der Princeton-Universität, William Brown, hielt eine Rede an der Generalversammlung und griff das Schiedsgerichtsprotokoll kritisch an. Es hätte nicht mehr Wert als ein „Leeres Papier“.

New York, 6. Okt. Präsident Coolidge hielt in Washington eine große Rede, in der er betonte, es sei Amerikas Wunsch, daß die Alliierten zu ihrem Gelde kämen und daß Deutschland durch Hebung seiner Produktivität dazu befaßt würde, die Kosten der Reparationen zu tragen. Zur Erreichung dieses Zweckes unterhalte Amerika den Plan, aus dessen Geist jede politische Erwägung ausgeschaltet werden soll. Die amerikanische Regierung sei der gestrige Urheber gewesen. Die Sachverständigen hätten dann, unabhängig von jeder Regierung, das als Vorschlag bekannte Gebot ausgesprochen. Kammern für die Finanzierung des europäischen Weltkriegs, darüber werde nicht allein der Wiederaufbau Europas gefördert, sondern gleichzeitig für die amerikanischen Produkte ein größerer Absatzmarkt geschaffen; darüber hinaus werde aber Amerika die Genugtuung, daß es alles getan habe, was in seiner Macht stand, um den Kriegshoch zu befeigen. Für dieses Ziel wolle sich Amerika immer einsetzen. „Schöne Worte! Ob sie wohl nicht ein Augenpaar nach Wilsonschem Rezept sind, die Deutsch-Amerikaner bei der bevorstehenden Präsidentenwahl für Coolidge zu gewinnen? (Schrift.)

Havana, 6. Okt. Während der Wahlkampf kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anhängern des Ex-Präsidenten Rosal. 7 Personen wurden getötet und 53 verwundet, 18 davon schwer.

Württ. Staatsgerichtshof.

Stuttgart, 6. Okt. Der Württ. Staatsgerichtshof befaßte sich heute morgen mit der Aufhebung der vom Landtagswahl-ausschuss vorgenommenen Aufteilung des auf die Bezirkswahl-vorläufe der württ. Zentrumspartei Heilbronn, Neckaralbm., Bergheim, Künigsau, Hall und Gerabronn entfallenden Abgeordnetenstimmen an Adam Müller-Wergentheim. Der Vorsitzende, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Geier, stellte sich auf den Standpunkt, daß der Entscheidung lediglich der Note Wortlaut eines klaren Gesetzes und nicht im Gesetz nicht zum Ausdruck gefundene Motive zugrundegelegt werden dürfen. Nach dem Landtagswahlgesetz sei daher die sogenannte erklärte Unterverbindung unzulässig. Der Staatsgerichtshof fällte folgende Entscheidung: Die Aufteilung des auf die verordneten Bezirkswahlvorläufe der württ. Zentrumspartei Heilbronn, Neckaralbm., Bergheim, Künigsau, Hall und Gerabronn entfallenden Abgeordnetenstimmen an Adam Müller-Wergentheim wird für unzulässig erklärt. Bei der Neufestsetzung kann die Unterverbindung der Bezirkswahlvorläufe Wergentheim, Hall, Gerabronn und Künigsau nicht berücksichtigt werden.

Verurte Spionin.

Stuttgart, 6. Okt. In letzter Zeit hatte sich der Strafsenat des Oberlandesgerichts erneut mit einem schweren Spionagefall zu befassen. Unter Anklage stand die 35 Jahre alte, in Stuttgart wohnhafte, geschiedene Metzgereiweibin Josefine Ebel von Hoffold im Oberesfeld, die im Auftrag eines im französischen Nachrichtenendienst stehenden Agenten einen Angehörigen der Jahrbuchleitung 5 in Ludwigsburg zu bestimmen gesucht hatte, bei seinem Truppenabzug geheime militärische Papiere zu entwenden und ihr Kommando über geheim zu haltende militärische Nachrichten zu verschaffen. Der Reichswehrgeschäftige ging im Einvernehmen mit seiner vorgesetzten Dienststelle zum Schein auf das Ansuchen der Ebel ein und handigte ihr einige der gewünschten Papiere aus, worauf ihre Festnahme erfolgte. Wegen eines Verstoßes gegen § 3 des Spionagegesetzes wurde sie deshalb zu der Zuchthausstrafe von 3 Jahren und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren sowie zu der durch die Unterbindungsbefehle verhängte strafe Geldstrafe von 2000 Mark verurteilt.

Der Fall Hitler und Genossen.

München, 6. Okt. Die Regierung gibt amtlich bekannt: Das oberste Landesgericht hat in der Strafsache gegen Hitler, Kriebel und Dr. Weber wegen Hochverrats heute beschlossen, die Entscheidung über die Befreiung des Staatsanwalts gegen die durch Befehl des Landesgerichts München I vom 25. September 1924 mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 erfolgte Einwilligung einer Bewährungsfrist für Hitler und Kriebel bis zur hinreichenden Klärung der Frage auszusprechen, ob Hitler und Kriebel sich an der Gründung des Frontkämpfers und an der Fortführung verschiedener Verbände beteiligt haben, und ob der Verdacht von Zusammenhängungen gegen die Vorschriften des Strafgesetzbuches über Wehrverbände oder gegen die Vorschriften der Republikverfassung oder gegen die Verordnung des bayerischen Generalkommissars vom 9. November 1923 begründet ist. Damit ist gesagt, daß Hitler, Kriebel und Weber einzuweisen mit Freilassung überhaupt nicht rechnen können, und daß ihnen mit zureichender Sicherheit ein Verstoß gegen die oben genannten Vorschriften oder Verbote nachgewiesen werden kann.

Wittelsbach gegen Ludendorff.

München, 6. Okt. Es handelt sich bei dem Fall Kronprinz Rupprecht-Ludendorff um folgendes: Die Beziehungen des Generals zum bayerischen Kronprinzen waren niemals gut. Als Ludendorff sich der Polizei widmete, wurden die Beziehungen gekümmert, da der Wittelsbacher Hof wiederholt von der völkischen Bewegung in München bedrängt worden war. Nach dem misslungenen Stürkputz warf Ludendorff dem bayerischen Kronprinzen vor, gemeinsam mit der bayerischen Regierung den Generalstaatskommissar von Rahr zum Wortführer verleiht zu haben. Tatsächlich jedoch hat der bayerische Kronprinz sich niemals in die Angelegenheit eingemischt. Es wurde gleichzeitig bekannt, daß der Dittlerprozeß in seinem Verlauf nicht den geringsten Anlaß gegeben habe, daß der Kronprinz Rupprecht in irgend einer Weise eingegriffen hat. Ludendorff wurde darauf von dem Kronprinzen aufgefordert, die Behauptung zu widerrufen. Ludendorff lehnte jedoch, wie in München bekannt wird, den Widerruf ab. Er erklärte lediglich „ein Bedauernd, daß er völlig uninteressiert gewesen sei. Rammere wurde um Vermittlung gebeten, die aber auch keinen Erfolg hatte, denn der nunmehrige Reichstagsabgeordnete Ludendorff

hatte die ganze Angelegenheit dem Ehrengericht des Verbandes der völkischen Generalstaatskommissare übergeben. Er hat also keineswegs eine Klage gegen den Kronprinzen Rupprecht erhoben, wie vielfach fälschlich behauptet wird. Die bayerischen Generale, die aus ihrer Abneigung gegen Ludendorff kein Hehl machen, ergreifen nunmehr mit Recht Partei für den Kronprinzen. Sie teilen mit, daß Ludendorff sich außerhalb jeder Standesordnung gestellt habe, und daß sie nunmehr jede Rücksicht auf ihn lassen. Es soll ein Beschluß gefaßt worden sein, in dem das Verhalten Ludendorffs mit Entrüstung zurückgewiesen und in dem erklärt wird, daß die bayerischen Generale sich vor die Person ihres obersten Kriegsherrn stellen, dessen überlieferter Rechte auch von einem Ludendorff nicht angetastet werden dürfen. Die gesamte Linkspresse hält nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, wo der General sein Volkrecht in Bayern verteidigt habe. Die bürgerliche Presse schwört sich zunächst aus mit Ausnahme der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die heute betonen, daß die Nachricht des „Miesbacher Anzeigers“ zutreffend sei. Der „Miesbacher Anzeiger“ selbst schreibt zu der Angelegenheit, daß es für die bayerischen Monarchisten keine Überangelegenheit zwischen dem König und Ludendorff gebe. Die „Münchener Anzeiger“, die überfächeln, überfächeln ist: „Wem gehört der König?“ kommt von sehr gut unterrichteter Seite, jedenfalls aus der näheren Umgebung der bayerischen Generale, die die Erklärung gegen Ludendorff abgegeben haben. Die Erklärung schließt mit den Worten: „Die bayerischen Offiziere sind keine Kasse, sondern fühlen sich als ein Teil des Volkes, für das sie Genugtuung verlangen werden, und in der Person des Königs wird das Volk als Gesamtheit verletzt. Das sollte der völkische Reichstagsabgeordnete Ludendorff schon wissen.“

Zum Mainzer Eisenbahn-Umstellung.

Frankfurt, 6. Okt. Gegenüber der Darstellung der französisch-belgischen Regie über das Eisenbahn-Umstellung in Mainz veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ eine ihr von belgischer Seite zugesandte Mitteilung, worin es unter dem Hinweis auf die Betriebsverhältnisse heißt, daß die Verantwortlichkeit für die Abkündigung des Personenzuges in dem despektierten Streckenabschnitt allein der Fahrplanleiter und der Aufsichtsbefehlshaber in Mainz-Dauterbach tragen, die beide Franzosen sind. Auch der französische Fahrplanleiter in Mainz-Süd dürfte nicht schuldlos sein. Wenn auch die französischen Schilferungen, die an den Kleinbahnlinien vorübergehen, immer wieder das Zugpersonal, das deutsch ist, in den Vordergrund schieben, so gibt es nur eine Erklärung dafür: man möchte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß der Zusammenstoß mit seinen schweren Folgen von deutschen Beamten verschuldet wurde. Die Deutung eines länger als acht Minuten auf freier Strecke haltenden Zuges hat nicht, wie die Franzosen behaupten, mit einer roten Laterne, sondern durch Magnetschienen zu geschehen. Letztere werden aber in den letzten Fällen in einem Reglezone zu finden sein, waren doch sogar die Verbandskästen im Mainzer Hauptbahnhof, wie es sich bei dem Unfall herausstellte, vollkommen leer. Einigen dem französisch-belgischen Bericht verleiht sich niemand vom deutschen Zugpersonal der Verantwortung zu entziehen, vielmehr wurden sie bereits an dem dem Unfallsache folgenden Tage vernommen. Nur verweigerten sie sich, was durchaus verständlich und richtig ist, das französisch abgefaßte Protokoll zu unterschreiben, weil es ihnen nicht in deutscher Sprache vorgelesen wurde.

Berlin, 6. Okt. Von sachverständiger Seite erfahren wir zu dem Mainzer Eisenbahn-Umstellung: Die von einer Nachrichtenstelle verbreitete Mitteilung, daß am 5. Tag 670 650 Kilo-Wagonheim die Luftdruckbremse versagte, ist sicher unrichtig. Wenn dies der Fall gewesen wäre, hätte der Zug nicht zum Halten kommen können. Die Bremse hat also gewirkt und nicht versagt.

Kabinettsrat über die Regierungs-Umbildung.

Berlin, 6. Okt. Die Grundlagen für die bevorstehenden Verhandlungen der Fraktionen über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung sollen die Richtlinien bilden, die der Kanzler für die künftige Außen- und Innenpolitik aufgestellt hat. In einer Sitzung, die das Reichskabinett heute mittag abhielt, ist dieses Programm des Kanzlers für die Regierung der Volksgemeinschaft besprochen worden. Der Inhalt des Programms wird geheim gehalten, da er erst bekanntgegeben werden soll, wenn ein Ergebnis der Fraktionsberatungen vorliegt. Das Kabinett hat sich ferner mit der Frage beschäftigt, in welcher Form die angebotenen Verhandlungen fortgesetzt und welche Forderungen gezogen werden sollen, wenn der vom Kanzler verfolgte Plan eines Kabinetts der Volksgemeinschaft, worin im Grunde niemand zweifelt, sich als undurchführbar erweist. Gemisse Schlüsse auf die Haltung der deutschdemokratischen Reichstagsfraktion läßt eine Rede zu, die der Reichstagsabgeordnete Erlesen auf dem deutschdemokratischen Reichstagsparteitag in Erfurt hielt. Erlesen äußerte unter anderem, wenn die Deutschnationalen wirklich Patrioten wären, müßten sie im gegenwärtigen Augenblick im Hinblick auf die armenpolitische Lage auf eine Teilnahme an der Reichsregierung verzichten. Die wertvollen moralischen und intellektuellen Kräfte innerhalb der deutschnationalen Volkspartei müßten für die Regierungspolitik herangezogen werden, aber der Augenblick für die Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung sei noch nicht gekommen. Der Parteitag stand im übrigen einstimmig auf dem Standpunkt, daß die Entscheidung über die Regierungsumbildung nicht bei den Deutschdemokraten, sondern beim Zentrum liege. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Uebergabe der Regiebahnen am 16. November.

Berlin, 6. Okt. Zur Frage der Uebergabe der französisch-belgischen Regiebahnen an die deutsche Reichsbahn wird mitgeteilt: Die Verhandlungen zwischen der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Regieverwaltung wegen der Uebergabe der Regiebahnen sind nunmehr so weit zum Abschluß gebracht, daß als Termin für die Uebergabe der 16. November festgesetzt wurde. Da in den Londoner Abmachungen ein späterer Termin der 7. Dezember festgelegt war, bedeutete dies für die deutsche Reichsbahn und die deutsche Wirtschaft eine willkommene Regelung. Im wesentlichen besteht Einigkeit über die Einzelheiten der technischen Uebergabe. Das deutsche Reichsbahnpersonal wird sich einige Zeit vor dem Termin noch Einweisung auf seine alten Dienststellen im Regiegebiet bezogen. Die Uebergabe der Regiebahnen in der Dortmunder Zone wird gemäß der getroffenen Abmachungen in London bereits vor dem Uebergabetermin der Regiebahnen erfolgen; es ist dafür der 19. Oktober in Aussicht genommen.

Ein Vortrag Viktor Balchs in Potsdam.

Berlin, 6. Okt. Der französische Professor an der Sorbonne, Balch, dessen Reden zur Kriegsführung mit Recht in Berlin unliebsames Aufsehen erregt haben — Professor Balch hat unter Ausfällen gegen Deutschland Frankreichs Umkehr zum Weltkrieg betont —, wird heute abend um 8 Uhr in Potsdam sprechen. Da die Potsdamer Nationalisten Widerstand angeklagt haben, die Polizei über die Berammlung durch umfangreiche Gegenmaßnahmen schützen will, ist mit Zusammenstößen

Damenhandtaschen sind häufig noch ohne Koffer, aber ihr Leder ist schäbig und glanzlos geworden, sie werden verärgert fortgelegt. Dabei wäre es ein Leichtes, ihr Aussehen hübsch zu erhalten. Mit Erdal in Dosen mit dem roten Frosch oder farblich behandelt, wird die Farbe erhalten, abgegrabte Stellen verschwinden und das Leder bleibt weich, glänzend und färbt nicht ab.

zu rechnen. Der Inhaber des Konzerthauses, in dem der Vortrag zuerst stattfinden sollte, machte an allen Anschlagplätzen in Potsdam bekannt, daß der Vortrag des französischen Professors auf keinen Fall in seinem Lokal stattfinden wird. Die rechtslebenden Parteien haben ihn den Saal abgekauft und vermietet. Nach langem Suchen haben die Veranstalter der Versammlung doch ein Lokal gefunden, und zwar den Saal des Potsdamer Gewerkschaftshauses, der indessen nur 200 bis 300 Personen faßt. Wie ein Spätabendblatt erzählt, werden nicht nur die Potsdamer Mannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zur Stelle sein, sondern aus Berlin werden 1500 Reichsbannerleute als Verstärkung nach Potsdam beordert werden, weil man erfahren hat, daß auch der Stahlhelm und andere Reichsorganisationen mit größtem Massenangebot in Erscheinung treten werden. Im preussischen Innenministerium ist man an authentischer Stelle überzeugt, daß es in Potsdam zu Zusammenstößen nicht kommen wird, weil die Schwärze ihre Pflicht tun wird und Manns genug ist, allen Ausschreitungen der Rechtsleute vorzubeugen. Es heißt, Minister Seegering werde selbst an Ort und Stelle sein, um den Verlauf der Versammlung zu beobachten.

Ein neuer französisch-polnischer Militärvertrag.

Warschau, 7. Okt. Der polnische Kriegsminister Sicochy reist in den nächsten Tagen nach Paris, um ein neues Militärabkommen zwischen Frankreich und Polen zu schließen. Bekanntlich weilt gegenwärtig auch der polnische Generalstabchef General Peller in Paris. Das neue Abkommen ist durch die schwierige Lage Polens an seiner Obergrenze notwendig geworden, denn nach den neuesten Meldungen haben sich die Zustände dort erheblich verschlechtert. Die Unsicherheit wird von Tag zu Tag größer, so daß Eisenbahngüter in den Obergerichten Polens nur unter dem Schutze von Panzerzügen fahren können. Auf der ganzen Strecke fahren täglich mehrere Panzerzüge, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Frankreich gegen vertragliche Bindung mit England

Paris, 6. Okt. Nach der heutigen ersten Sitzung der Studienkommission, die sich mit der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland befaßt, erklärte das Kommissionsmitglied Senator de Monzie, daß die französische Regierung lei-

nedewegs dem Beispiele MacDonalds folgen und bei der russischen Regierung den Antrag stellen werde, mit Frankreich ein Abkommen nach Art des englisch-russischen abzuschließen. Die französische Regierung suche eine allmähliche Wiederherstellung der ehemaligen Beziehungen, ohne sich im voraus festzulegen.

Französische Konkurrenzfrage.

Die maßgebenden Vertreter der französischen Konkurrenzvereinigungen haben sich mit dem Ersuchen an die Regierung gewandt, bei den künftigen deutschen Sachleistungen, die im Londoner Pakt vorgesehen sind, Lieferungen von rollendem Material aller Art anzuschließen. In der Eingabe an die Regierung wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die französische Industrie unter einer solchen Maßnahme schwer leiden würde. Außerdem sei Arbeitslosigkeit zu befürchten. Es ist zu erwarten, daß die Regierung dem Wunsch dieser französischen Industrie Rechnung tragen wird.

Frankreichs Antwort auf das deutsche Memorandum.

Paris, 6. Okt. Der deutsche Botschaft in Paris wurde heute vormittag die Antwort der französischen Regierung auf die Denkschrift wegen der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund übergeben. Nach einer Mitteilung des deutschen Botschafters in Paris soll vorläufig der Wortlaut dieser Antwort nicht veröffentlicht werden, bis die Reichsregierung hierüber eine Entscheidung getroffen haben wird. Der „Temps“ erklärt aber, daß die Antwort Frankreichs ungefähr dieselbe sein wird, wie die der englischen und belgischen Regierung. Diese entspricht der Erklärung, welche Perriot in Genf gegeben hätte. Die französische Regierung widersetzte sich keinesfalls dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, ebensowenig widersetzte sie sich auch der Forderung der Reichsregierung, daß Deutschland einen dauernden Sitz im Völkerbundrat erhalten soll. Doch glaube das französische Kabinett, daß Deutschland keine Ausnahmestellung zugewiesen werde und daß dieses keinerlei Privilegien haben solle. Vielmehr müsse sich Deutschland allen Verpflichtungen der Völkerbunds-Akte fügen, wie dies alle übrigen Mitglieder des Völkerbunds tun müßten.

Eine gleichlautende Antwort Englands.

Paris, 6. Okt. Wie über die Besprechung mit dem englischen Botschafter aus zuverlässiger Quelle verlautet, bildete

den Gegenstand der Unterredung die Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Denkschrift wegen Eintritts in den Völkerbund. Es soll gelungen sein, den englischen Vertreter zu veranlassen, daß England eine der heute übergebenen französischen Note gleichlautende Antwort auf die deutsche Denkschrift erteilt. — Das Pariser Kabinett hat übrigens die Zustimmung erteilt, daß die belgische Note inhaltlich mit der französischen übereinstimmen wird.

Das Kabinett MacDonald für Neuwahlen.

London, 6. Okt. Das Kabinett hat sich heute nachmittags nach einer dreistündigen Sitzung dem Standpunkt MacDonalds angeschlossen, wonach die beiden Anträge, die am Mittwoch erörtert werden sollen, der konservative Wahlrechtsantrag und der liberale Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, als unannehmbar abzulehnen sind. Die Regierung ist ermächtigt worden, wenn die Abstimmung am Mittwoch gegen die Regierung ausfällt, den König um das Auflösungsdekret zu ersuchen. Ein Kompromißvorschlag ist von Regierungseite nicht in Erwägung gezogen worden, da das Kabinett der Überzeugung ist, daß es besser sei, den Wahlkampf jetzt, als zu einem späteren Zeitpunkt, zu veranstalten.

Ein englisches Urteil über Deutschlands Lage.

Das Mitglied der British Common Wealth Union, Sir Dawson, der von einer Studienreise aus Deutschland zurückgekehrt ist, veröffentlicht folgende Einrede: „Die Regierung, die Deutschland gegenwärtig befehligt, ist ohne Zweifel die beste, die es seit der Revolution aufzuweisen hat. Nach der Annahme des Dawsons-Abkommens hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes verbessert, doch leidet die deutsche Landwirtschaft stark unter dem Mangel an Kredit, und in dieser Hinsicht könnte England helfen, wenn Deutschland zustimmen würde, daß Englands Erzeugnisse härter importiert werden, als es augenblicklich der Fall ist. Das einzige Mittel, das wir besitzen, um die deutsche Konkurrenz nicht gefährlich werden zu lassen, liegt darin, daß wir bei jedem Kredit, den wir den deutschen Banken gewähren, größere Lieferungs-Vorschläge durchsetzen.“ Dawson wurde am Freitag vom englischen Handelsminister empfangen und hat über seine in Deutschland empfangenen Eindrücke den Bund der britischen Industriellen eine Denkschrift überreicht.

Schöenberg.
Bergebung von Bauarbeiten.
Zum neuen Postamtgebäude sind auf Grund der Bestimmungen über Vergebung von Arbeiten und Lieferungen in der Fassung vom Jahr 1912 (Reg.-Bl. Nr. 6, S. 37) die **Schlosser- und Maler-Arbeiten** zu vergeben.

Die Verdingungsunterlagen sind auf dem Büro des Unterzeichneten aufgelegt, und wollen schriftliche Angebote bis **Dienstag, den 14. Oktober, vormittags 12 Uhr**, daselbst eingereicht werden. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Calw, den 4. Oktober 1924.
Im Auftrag der Oberpostdirektion:
Architekt Kohler.

Neuenbürg.
Ein Waggon weiser
Kristallzucker
zur Wein- und Mostbereitung eingetroffen. Ferner empfehlen wir zur Feldbestellung für die Herbstsaat **Kalkstickstoff** in Blechtrömmeln.

Lager des Badischen Bauernvereins.

Neuenbürg, 6. Oktober 1924.
Statt Karten.
Dankagung.
Für die überaus wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste meiner innigstgeliebten Frau, unserer guten Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Elsa Teuber, geb. Collmer**, sagt herzlichen Dank. Ebenso für die vielen Besuche während ihres Krankseins, dem Lieberkranz Neuenbürg für den ehrenden Grabgefang, den zahlreichen Kranzspenden, der Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte dankt herzlich.
Der schwergeprüfte Gatte:
Heinrich Teuber.

Reudach, den 6. Oktober 1924.
Dankagung.
Für die vielen, aufrichtigen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir bei dem Heimgange unseres lieben Kindes **Emilie** von allen Seiten erfahren durften, sagen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank **Karl Mittel** mit Frau Elise, geb. Ganzhorn, Familie Gottfried Mittel, Familie Friedrich Ganzhorn.

Näh- u. Zuschneide-Schule.
Zur gründlichen Erlernung im Anfertigen und Zuschneiden von Wäsche und Kleidern werden Schülerinnen jederzeit angenommen.
Frau Duderstadt, Lehrerin,
Wforyheim, Hohenzollernstraße 36 (Neubau).

Kleiner Einsatz **Grosser Gewinn**
Nur in der
Staatlichen Klassen-Lotterie
können Sie
1 Million Renten-Mark
zu gewinnen!
GOTTWICK
Württemberg Lotterien-Einnahmer
Stuttgart + Kehlshaus
Lospreis für 1 Klasse: 1. 6.- 12.- 24.- Rm.
Lospreis für alle Klassen: 1/2 1/4 1/8 1/16 Rm.
Porto und Listen extra.
Ziehungsbeginn: 10. und 11. Oktober 1924!

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Die hiesige Wahlkarte ist als Urliste für die Auswahl der **Schöffen und Geschworenen** von Mittwoch, den 8. Oktober d. Js. ab 1 Woche lang auf dem Rathaus (Zimmer 3) zu jedermanns Einsicht aufgelegt. Einsprachen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit können innerhalb dieser Frist schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.
Stadtschultheiß Knobel
Schöenberg.
Zweck:
Gründung eines Schützenvereins
bitten wir Interessenten sich am **Mittwoch, abends 8 Uhr**, im **Waffenhof zum „Lohsen“** zu treffen.
Mehrere Schießfreunde.

Sil
Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Hasenbleiche Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Witzweiler.
Freiw. Versteigerung.
Infolge Wegzug verkauft am **Donnerstag von vormittags 10 Uhr ab:**
1 Handlarren, 1 Schublarren, 1 Leiter, 4 Ziegen, 1 Hackfloß, 1 Badofen, 7 Rtr. Dfenrohr, ca. 15 Rtr. Heu und Dchmd, Sohlleder ca. 25 Ailo, 1 Eimer Schupfett, 16 Ailo, 30 Paar Rindl. Frauen- u. Herren-Schnürschuh, 14 Paar Rindl. Knaben- u. Mädchen-Schnürschuhe, 2 Regale und noch verschiedenes.
Kleinere Beträge werden nur gegen bar abgegeben.
Matthias Langmaier, Schuhmachermeister.

Die **Eintaufgenossenschaft der Freien Schuhmacherrinnung** für den Oberamts-Bezirk Neuenbürg G. G. m. b. H. ist am 22. September 1924 aufgelöst worden.
Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, sich unverzüglich zu melden.
Die Liquidatoren:
August Scheuerle, Neuenbürg.
Leonhardt Dangelmeier, Birkenfeld.
Eilmendingen.
Habe 10 Stück 4 Wochen alte verkaufte
Milch-Ichweine
zu verkaufen.
Philipp Samuel, Schneider.

Gebe ab wegen Futtermangel:
1 ostfriesisches Schaf,
1 Ziege,
1 Schraubstod,
1 Feldschmiede.
Tausche Mostobst gegen Heu oder Dchmd.
Rundfabrik Höfen/Enz.
Calmbach.
6 schöne
Gänse
hat preiswert zu verkaufen
Adolf Mittmann.
Calmbach.
Ein 1 1/2-jähriges schönes
Zucht-Rind,
sowie ein jähriges ostfriesisches
Milchschaf
verkauft
Fritz Proß, Holzmeister, Höfenersstraße.

Wer verkaufen will, muß inserieren.
Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenath.
6. Oktober 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	94 1/2	94 1/2	Berg. Akt.	3,1	3,1
3% St. Reichsanl.	1,425	1,475	Buderus Akt.	10,1	10 1/2
4% St. Reichsanl.	0,950	0,950	Charlottenburger Wasser Akt.	24 1/2	25,9
5% St. Reichsanl.	0,685	0,685	Daiml. Mot. Akt.	2,85	2,85
3% Württ. Staatsanleihe	1,36	—	Gangneun Eisen Akt.	6	6 1/2
4% Württ. Staatsanl.	—	—	Germania	—	—
5% Südd. Festschmerzbank Obl.	1,62	1,69	Linoleum Akt.	11 1/2	11
5% Badische Kohlenanleihe	10,1	10 1/2	Harp. Bergb. Akt.	86 1/2	88 1/2
5% Rhein. Goldanleihe	2,45	2,45	Höchst. Farb. Akt.	14 1/2	15 1/2
Dtsch. Bank Akt.	10,55	10 1/2	Jungbuns Akt.	—	8 1/2
Disconto-Command. Akt.	12 1/2	12 1/2	Köln-Rottw. Akt.	8,3	8,6
Reichsbank Akt.	49 1/2	49	Kollmar & Saurbon Akt.	20,3	21 1/2
Rhein. Creditbank Akt.	2,5	2 1/2	Körting Oel. Akt.	6 1/2	6 1/2
Württ. Vereinsbank Akt.	3,7	2,85	Laurahütte Akt.	5 1/2	5,6
Dapag Akt.	29 1/2	29,1	Magirus Akt.	1,9	2
Nordb. Lloyd Akt.	5,05	5 1/2	Manfred Akt.	3 1/2	3,8
Allg. Volksh. Akt.	—	45	R. S. H. Akt.	5,8	5,9
Elektr. Hochb. Akt.	5,1	5 1/2	Reichsmarine Akt.	6,7	5,7
U. G. W. Akt.	8	8 1/2	Sol. Sichel Akt.	3,5	3 1/2
Bad. Anilin Akt.	17 1/2	18 1/2	Sol. Heide Akt.	33	31
			Stahl. Zuch. Akt.	3,35	3,5
			Württ. Elek. Akt.	4,9	4,9
			Zellstoff	—	—
			Waldbhof Akt.	0	0 1/2